

Interview aus "Der Neue Kämmerer"

Ausgabe 01/2009

Hand in Hand aus dem Nothaushalt

Im Interview: Harald Sievers über Dürens radikalen Weg der Haushaltskonsolidierung

Der Leidensdruck in Düren war groß. Nach sechs Jahren Nothaushalt hatte die Kommunalaufsicht die 93.000-Einwohner-Stadt im Regierungsbezirk Köln unter Druck gesetzt. Stadtkämmerer Harald Sievers beschreibt im Interview, wie er bis 2012 4,2 Prozent des Gesamthaushalts einsparen will.

Herr Sievers, die Stadt Düren stand sechs Jahre unter vorläufiger Haushaltsführung. Jetzt haben Sie den Schritt zum Haushaltssicherungskonzept geschafft. Wie ist Düren in diese katastrophale finanzielle Situation geraten?

Die Finanzprobleme haben sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre massiv zugespitzt, wobei sich die Stadt bereits in den Jahren davor im Wesentlichen nur noch durch das Ausschöpfen sämtlicher finanzkosmetischen Gestaltungsmöglichkeiten haushaltsrechtlich über Wasser gehalten hat.

Die Ursache für die katastrophale Finanzlage war in erster Linie ein strukturell zu hohes Ausgabenniveau, das sich über mehrere Jahrzehnte aufgebaut hatte. Zu den Kostentreibern gehörten z.B. stetig steigende Sozial- und Jugendhilfekosten, aber auch die immer stärker drückende Finanzierungslast für eine teilweise ausufernde öffentliche Infrastruktur. Gleichzeitig führte die allgemeine konjunkturelle Entwicklung zu rückläufigen Einnahmen,

so dass den steigenden Ausgaben sinkende Einnahmen gegenüberstanden. Eine sich öffnende finanzpolitische Schere.

Wie haben Sie diesen Trend gestoppt?

Seit 2000 hat der Rat vier von der Verwaltung erarbeitete Konsolidierungspakete beschlossen. Diese reichten aber im Ergebnis nicht aus. Erst 2006 hat sich die Lage auch bedingt durch die Hochkonjunktur etwas entspannt.

Aus dieser Situation heraus haben wir im vergangenen Jahr das aktuelle Konsolidierungsprogramm erarbeitet, das uns schließlich aus dem Nothaushaltsrecht geführt hat. Dabei haben wir uns bewusst dafür entschieden, mit einem externen Partner zusammenzuarbeiten, der mit Kenntnissen aus anderen Kommunen auch aufzeigen würde, wo Düren im interkommunalen Vergleich noch Optimierungspotential hat.

Wie stand die Politik zu Ihren Plänen - ein Jahr vor den Kommunalwahlen?

Bei den meisten Ratsmitgliedern bestand trotz der nahenden Wahl ein klares Problembewusstsein. Die Restriktionen des Nothaushaltsrechts hatten zudem einen gewissen „Leidensdruck“ geschaffen. Die Bereitschaft zu weiteren Sparmaßnahmen war da.

Um aufzuzeigen, wie wir vorgehen könnten, habe ich die Vorsitzenden der beiden größten Fraktionen mit nach Münster genommen. Die Stadt Münster hat ebenfalls mit Hilfe eines externen Partners ein großes Konsolidierungsprogramm realisiert.

Wir haben dort Gespräche mit der Kämmerin und den weiteren Projektbeteiligten über deren Erfahrungen geführt. Dadurch haben die Politiker einen Eindruck erhalten, wie ein erfolgreiches Konsolidierungsprojekt ablaufen kann.

Nach welchen Kriterien haben Sie dann Ihren Berater ausgewählt?

Wir haben ein Vergabeverfahren durchgeführt. Die fünf Bewerber haben sich dem Hauptausschuss vorgestellt, und die Politik hat entschieden, wer den Zuschlag erhalten sollte. Entscheidend waren die Präsentation und das Auftreten des Beraters, die Erfahrungen, der fachliche Hintergrund und die Kommunikationsfähigkeit. Die Wahl fiel im März 2008 fast einstimmig auf Rödl & Partner. Im April war der Projektstart, und im Juli haben wir das Projekt abgeschlossen. Das war ein straffer Prozess. Wir haben pausenlos gegen die Uhr gearbeitet. Zusammen mit dem Haushaltsentwurf haben wir den Katalog mit den Konsolidierungsmaßnahmen vorgelegt, dann gab es politische Beratungen, und Ende August war der Haushalt beschlossen. Derzeit warten wir auf die Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Wie viel mussten Sie einsparen, um der Kommunalaufsicht einen ausgeglichenen Haushalt in Aussicht stellen zu können?

Das Projektteam hat 104 Konsolidierungsvorschläge gemacht mit einem Volumen von 11 Millionen Euro. Davon brauchten wir für den perspektivischen Haushaltsausgleich nur 4,5 Millionen Euro. Dieses Verhältnis hatten wir mit dem Berater so festgelegt, um der Politik eine Auswahl der Maßnahmen zu ermöglichen. Am Ende hat der Rat 84 Maßnahmen beschlossen, um 7,8 Millionen Euro zu erwirtschaften. Das entspricht 4,2 Prozent unseres Gesamthaushalts. Besonders gefreut hat mich, dass vier von fünf Fraktionen den Konsolidierungsprozess unterstützt haben – ein Jahr vor einer Kommunalwahl ein bemerkenswertes Ergebnis.

Welche Rolle hat die Kommunalaufsicht im Konsolidierungsprozess gespielt?

Noch Anfang 2008 war die Kommunalaufsicht nicht bereit, mit uns inhaltlich über mögliche Ansätze für die Konsolidierung unseres Haushalts zu sprechen. Im Juni hat die Aufsichtsbehörde uns und anderen Kommunen dann überraschend ihre Beratung angeboten - ein Signal für ein partnerschaftliches Miteinander, das wir sehr wertgeschätzt haben. Zu diesem Zeitpunkt war unser Konsolidierungsprojekt aber schon so weit fortgeschritten, dass wir nicht auf das Angebot zurückgegriffen haben.

Hätten Sie sich eine weitere Unterstützung durch die Aufsichtsbehörde gewünscht?

Alle Beteiligten müssen sich immer wieder klarmachen, dass Haushaltskonsolidierung in der Praxis und vor Ort vor allem ein politisch-psychologischer Prozess ist und kein rein juristischer Vorgang. Auch wenn es im Ergebnis natürlich um eine rechtmäßige Haushaltswirtschaft geht, besteht die zentrale Herausforderung darin, die politische Mehrheit eines Rates zum Sparen zu motivieren. Für die politischen Kräfte in den Räten, die ein finanzpolitisches Verantwortungsgefühl

haben, stellt die Verabschiedung eines Sparpaketes eine immense Kraftanstrengung dar. Rechtlicher Druck der Aufsicht kann helfen, einen Rat dazu zu motivieren, sich dieser Herausforderung zu stellen, ist aber allein häufig nicht ausreichend. Viel wichtiger ist es, der Politik zu signalisieren, dass sich das Sparen auch politisch lohnen kann, weil sich damit vorzeigbare Erfolge wie z.B. mehr finanzielle Entscheidungsfreiheit oder eine Verlässlichkeit bei freiwilligen Leistungen an Vereine erreichen lassen. Solche Erfolgserlebnisse hat die Politik aber nur dann, wenn die Aufsichtsbehörde die Haushaltsprüfung bei Kommunen, die umfassende Sparkonzepte vorlegen, so gestaltet, dass zum einen die Ratsmitglieder zeitnah ein öffentliches und eindeutiges Signal der Anerkennung erhalten und es zum anderen auch tatsächlich zu einer deutlichen Reduzierung aufsichtsbehördlicher Auflagen kommt. Wenn sich die Haushaltsprüfung trotz großer Sparanstrengungen im formaljuristischen Kleinklein verliert oder das Genehmigungsverfahren mehrere Monate dauert, führt dies zu einer Enttäuschung bei der Politik, die die Sparmotivation nachhaltig beschädigen kann.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Vanessa Wilke.

v.wilke@derneuekaemmerer.de